

# RS OGH 1997/9/16 10ObS210/97y

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 16.09.1997

## Norm

EO §7 Abs1 Ac  
EO §7 Abs1 Bb4  
EO §7 Abs1 BdVA  
EO §7 Abs1 BdVE  
BPGG §5  
EinstV allg

## Rechtssatz

Ein Begehren auf Pflegegeld ist schon dann hinreichend bestimmt und nicht nur in einem Zwischenverfahren bestimmbar, wenn sich im Vergleich ohne die geringsten Unklarheiten durch Anführung der Stufe, des Beginnes des Anspruches und des Titels "Pflegegeld" die Höhe des Betrages eindeutig aus § 5 BPGG in Verbindung mit den Anpassungsverordnungen ergibt. Es bedarf dann nicht einmal einer einfachen Rechenoperation. (Hier: Gerichtlicher Vergleich, wonach sich der Sozialversicherungsträger verpflichtet, dem Pflegegeldansprecher "Pflegegeld der Stufe 5 im gesetzlichen Ausmaß" zu gewähren, erfüllt die Bestimmtheitserfordernisse des § 7 Abs 1 EO und ist ein tauglicher Exekutionstitel.)

## Entscheidungstexte

- 10 ObS 210/97y  
Entscheidungstext OGH 16.09.1997 10 ObS 210/97y

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1997:RS0108710

## Im RIS seit

16.10.1997

## Zuletzt aktualisiert am

16.12.2011

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>